



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Evaluation Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Evaluation des Baukindergeldes Plus sowie der Eigenheimzulage in Auftrag zu geben und dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr mündlich und schriftlich über die Ergebnisse zu berichten. Insbesondere soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Werden die relevanten Zielgruppen mit dem Förderangebot erreicht? Wer sind die Nutzer des Baukindergeldes Plus und der Eigenheimzulage?
- Wie sehen die Einkommens- und Finanzierungsstrukturen der eigentumsbildenden Haushalte aus, die Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage nutzen?
- Wie wirken Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage mit der Bayerischen Wohnraumförderung zusammen? Wie ist die finanzielle Entlastung?
- Wie wirken sich Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage auf die unterschiedlichen Regionen im Freistaat aus?
- Wie verteilen sich Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage auf Neubau und Bestandserwerb? Wie verteilt sich Neubau und Bestandserwerb jeweils auf die Regionen? Inwiefern konnten Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage dazu beitragen, in Städten und Regionen mit Wohnraumpässen das Wohnraumangebot deutlich zu erweitern? Inwiefern konnte dadurch die Attraktivität des ländlichen Raums erhöht werden?

Begründung:

Das Baukindergeld wurde im September 2018 eingeführt, um die Wohneigentumsbildung insbesondere junger Familien zu unterstützen. In Städten und Regionen mit Wohnraumpässen soll das Wohnungsangebot erweitert werden. Strukturschwache Regionen sollen gestärkt werden, indem die Attraktivität in ländlichen Regionen erhöht wird. Zusätzlich gibt es in Bayern das Baukindergeld Plus und die Eigenheimzulage. Die Programme laufen Ende des Jahres aus, wobei die Frist für das Baukindergeld auf Bundesebene coronabedingt bis 31.03.2021 verlängert wurde. Um die Wirksamkeit des Programms zu bewerten, hat die Bundesregierung beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Evaluation in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse voraussichtlich Mitte 2021 vorliegen sollen. Nachdem der Freistaat für das Baukindergeld Plus und die Eigenheimzulage ebenfalls erhebliche Mittel bereitgestellt hat, sollte die Wirksamkeit der Förderungen auf Landesebene einer ausführlichen und landesspezifischen Bewertung unterzogen werden.